

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pfg., für
Verkehrs- und Versammlungs-Anzeigen,

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Rückblick auf die Schnitter-
Bewegung in Ungarn.

Budapest, den 24. Juli.

In diesem Augenblicke, wo der „Schnitt“ (die Ernte) im
Lande allenthalben beendet ist oder sich seinem Ende nähert,

Bom Beginn an hat die sogenannte öffentliche Meinung
und deren Organe, die Bourgeois-Zeitungen ohne Rücksicht
der Parteistellung, eine der Landarbeiter feindliche
Stellung eingenommen.

Wie ersichtlich, stehen in Ungarn die Dummheiten der
Bulgärdömonie zu neuem Leben. Die Auffassung von
unabänderlichen Naturgesetzen, die die wirtschaftliche
Gestaltung eines Landes bestimmen, der Harmoniedüffel,

Die These, daß höhere Löhne den Wohlstand der Arbeiter-
klasse erhöhen, deren Kaufkraft steigern, daß dadurch der
Abfall der Konsumartikel und Erzeugnisse aller Art gebessert

Auf Grund derartigen Argumente urgirte die sog. liberale
Journalistik, die die Interessen des mobilen Kapitals gegenüber
der Präponderanz der Agrarier vertritt, energische Maßnahmen.

Die regierenden Mächte ließen sich nicht lange
drängen und die ganze Machtorganisation des Staates
wurde gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter in Bewegung
gesetzt, um die bedrohte Landwirtschaft zu retten und die
Bestrebungen der Arbeiter nach einer Verbesserung ihrer Lebens-

Der Landwirtschaftsminister hat dadurch, daß er circa
10 000 Arbeiter in den Karpatengegenden anwerben ließ und
diese behufs Ueberlassung an Grundbesitzer im Alföld kon-

Die Konzentration der Arbeitskräfte hatte zum Teil
die gewünschte Wirkung; es wurde der Ausbruch eines
allgemeinen Schnitterstreiks, der angesichts des Um-

auch noch andere, wir sind überzeugt, unerwünschte Wirkungen
gezeitigt.

Die kernmagyarischen Schnitter des Alföld haben
erfahren, daß zu ihrer Unterdrückung die aristokratischen und
nichtaristokratischen Grundbesitzer im Vereine mit der
magyarischen Regierung die ebenfalls unterdrückten und

Andererseits wurde jedoch auch den Slowaken der Kopf
geöffnet. Sie, die in ihren abgeschlossenen Karpatenthälern
bisher mit einem Lohne von 50-60 Kreuzern (0,85-1 M.)
befriedigt waren, bekamen plötzlich 1 fl. 50 kr. (2,50 M.)

Betreffs der streikenden Schnitter stellt sich die Sachlage
anders. Die Konzentration der Arbeiterreserve in Mezöhegyes
hat den Ausbruch eines größeren Streiks verhindert, konnte
jedoch die partiellen Arbeitsverweigerungen nicht hintanhalten.

Nachdem von der Reservearmee in Mezöhegyes bloß
6000 Arbeiter in Anspruch genommen wurden, so kann füglich
angenommen werden, daß 10-12 000 Schnitter ihre Lage
bedeutend verbessert haben, und ca. 6000 Schnitter an der Ernte-

Aufgabe der Schnitter wird es sein, die errungenen Vor-
theile zu erhalten. Die Thatsache, daß es tausenden von Ar-
beitern gelungen ist, die feudale Autokratie der Landbesitzer zu

Andererseits jedoch brachte der Streik den Vortheil, daß
die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter zu über-
blicken ist, und daß förmlich geographisch die Gegen-

Die Frage, ob dieses Programm heute noch für die
konservative Partei maßgebend ist, erörtert das Blatt nicht.

beziehungsweise die Aufklärung der Massen wird nicht wie
bisher in extenso, sondern in mehr intensiver Weise betrieben
werden müssen. Die vorhandene Organisation hat sich jeden-

Diese Ruhe, welche das Bewußtsein der vereinten Kräfte
verschafft, ist jedenfalls ein großes, sehr beachtenswertes Re-
sultat der Organisation, an deren Ausbau und Vertiefung

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Juli.

Rückwärts! Immer weiter rückwärts! Bisher war
es in Preußen den Forst- und Jagdbeamten nicht gestattet,
auf fliehende Holz- und Wildbiebe zu schießen. Einzelnen
Forstleuten, die von der Kaserne hergekommen, ging das schon

Beim Gebrauch der Waffen müssen die Forst- und Jagd-
beamten sich stets vergegenwärtigen, daß solcher nur soweit
stattdessen darf, als die Erfüllung des bestimmten Zwecks, die
Holz- oder Wildbiebe, oder die Forst- und Jagdkonventionen

Das Schießen wird also in das freie Ermessen des Jagd-
oder Forstbeamten gestellt. Das ist das gefährlichste, was man
thun kann. Die eben hinausgekommenen jungen Forstbeamten

Die gouvemenentalen Konservativen rühren sich
wieder. Herr von Hellborn, Bedra will wieder kandidiren.
Die „Kreuz-Zeitung“, die sich kaum von der Abwehr

Neun Artikel des Friedensvertrages sollen redigirt sein.
Eine Verständigung der Mächte wegen einer Kontrolle über die
Finanzen Griechenlands wird erwartet. In türkischen Kreisen wird

Deutsches Reich.

Herr v. Miquel wird plötzlich splendid. Die von ihm inspirierten "Berl. Vol. Nachr." melden wenigstens: Nach der Regelung der Gehälter der höheren und mittleren Beamten dürfte nimmehr wohl auch bald an die Erörterung der Frage herangegangen werden, ob und in welchem Umfange den Beamten eine Erhöhung ihrer Gehälter zu Theil werden kann.

— Aufwendungen für das Verkehrswesen werden in den "Berl. Vol. Nachr." in Aussicht gestellt: "Daß die günstige Wendung, welche in den preussischen Finanzen eingetreten ist und sich namentlich in dem hohen Ueberschusse des Jahres 1895/96 und dem zahlenmäßig noch nicht bekannten, sicher aber erheblich höheren Ueberschusse des Jahres 1896/97 widerspiegelt, zu einem erheblichen Theile aus dem Steigen des Ueberschusses der Eisenbahnverwaltung herrührt, ist nennlich bereits dargelegt.

Die Ermäßigung der Betriebsausgaben spielt dabei naturgemäß die Steigerung des Verkehrs eine sehr beträchtliche Rolle. Aber diese erfreuliche und erfreulicherweise auch noch fortwährende Steigerung des Verkehrs, wie auch namentlich des Güterverkehrs ist, finanziell betrachtet, keineswegs eine reine Freude, sondern sie bedingt, auch abgesehen von der damit zusammenhängenden Erhöhung der Kosten des Betriebes im engeren Sinne, sehr beträchtliche Mehraufwendungen.

In wie raschem Tempo auch immer in den letzten vier Jahren die Betriebsmittel der preussischen Staatsbahnen verwehrt worden, so genügt das rollende Material derselben doch noch immer nicht den wachsenden Bedürfnissen des Verkehrs, und es wird daher darauf Bedacht genommen werden müssen, die nöthigen Mittel bereitzustellen, damit, wenn die jetzt vergebenen Lieferungen von den voll beschäftigten Lokomotiv- und Waggonfabriken ausgeführt sind, neue Bestellungen erfolgen können. Aber nicht bloß das rollende Material, auch die stehenden Einrichtungen und Anlagen der Bahnen reichen vielfach zur bescheidenen Bewältigung des wachsenden Verkehrs nicht mehr aus. Dies gilt namentlich von einer Reihe von Bahnhöfen, deren Erweiterung und zweckmäßige Einrichtung zum unabweisbaren Bedürfnis geworden ist.

Bereits in dem Nachtrage zu dem Staatshaushaltsetat des laufenden Jahres sind einige erste Bauraten für Bahnhofsbauten der bezeichneten Art ausgebracht. Aber mit der Inangriffnahme dieser Anlagen ist dem Bedürfnisse noch nicht genügt, der Kreis der zu verbessernden Bahnanlagen ist größer, und es werden daher neben der Fortführung jener Bauten auch eine Reihe neuer Bauten in Aussicht zu nehmen sein.

Nach den geltenden Verwaltungsgrundsätzen werden die Mittel zur Vermehrung des rollenden Materials der in Betrieb befindlichen Staatsbahnen, soweit dafür nicht der Dispositionsfonds für unvorhergesehene Ausgaben der Eisenbahnverwaltung herangezogen werden kann, und für die Erweiterung und Verbesserung der stehenden Anlagen nicht mehr durch Anleihen, sondern durch den Etat flüssig gemacht. Nach beiden Richtungen dürften daher in dem Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung für 1898/99 die nöthigen Mittel ausgebracht werden, und ist daher wahrscheinlich, daß der schon ausnahmsweise hohe Betrag dieses Extra-Ordinariums für das laufende Jahr dabei noch überschritten werden wird.

— Eine Leistung der "Post". Am 26. d. M. fragten wir, ob jemand wagen wird, anzunehmen, daß Herr v. Hohenlohe nach der Ablehnung der Vereinsvorlage annehmen darf, daß sein dem Reichstage gegebenes Versprechen bei der Aufhebung des Koalitionsverbotes politischer Vereine als erfüllt und erledigt zu erachten sei. Wir antworteten damals:

Kein ehrlicher Mann wird dies behaupten, kein unabhängiger Mensch wird auf diesen Gedanken kommen, ja kein offizielles Blatt hat dies vorzuspiegeln gewagt. Und wir beklagten Recht. Selbst Organe, wie die "Nordd. Allgemeine Ztg." und die "Berl. Corr." wagten nicht, dem greisen Reichskanzler einen solchen Wortbruch zu insinuieren. Der "Post" blieb dies vorbehalten. Das schamlose Blatt schreibt: "Zunächst haben diejenigen Parteien, welche die Vereinsgesetzworlage verworfen haben, der preussischen Regierung die Verantwortung für die Erfüllung der im Reichstage erteilten Zusage abgenommen."

Als ob der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident eine reaktionäre Vereinsvorlage und nicht tatsächlich anschießlich die Aufhebung des Koalitionsverbotes politischer Vereine versprochen hätte.

Wir übergehen die weiteren heuchlerischen Ausführungen des Berliner Monteurs des Herrn v. Stumm; wir betonen bloß, daß dem Fürsten Hohenlohe nun überhaupt kein anderer Ausweg bleibt, sein Versprechen zu erfüllen, als im Bundesrathe die Annahme des Reichstags-Beschlusses vom 20. Mai d. J. durchzuführen.

— Steigende Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Von Landwirth war an den Landwirtschaftsminister die Bitte gerichtet worden, die Arbeitskraft der Sträflinge zur Saatreinigung unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der Landwirtschaftsminister hat dies Gesuch der "Schles. Ztg." zufolge abschlägig beschieden, sich aber mit Rücksicht darauf, daß zur Saatreinigung auch kurzzeitige, ältere und schwächere Gefangene verwendet werden können, bereit erklärt, den sonst mit 40 Pf. für den Tag und Kopf berechneten Arbeitslohn auf 20 Pf. herabzusetzen. Die Kosten der Zu- und Rückfuhr der Saatfrucht haben die betreffenden Landwirthe zu tragen.

Der über das Wesen der Sozialreform weniger nebulose Begriffe hat, wie Herr Miquel in seiner letzten Programmrede, wird den schroffen Gegensatz erkennen, in dem die Maßregel des Landwirtschaftsministers zu einer, die soziale Hebung der Arbeiterklasse bezweckenden Politik steht.

— Die Eingabe betr. das Getreide-Einfuhrverbot wird jetzt als eine Eigenmächtigkeit der Dr. Hahn, v. Bly und Dr. Nölde dargelegt. Die leitenden Vertrauensmänner der Provinzialorganisationen sollen von der Eingabe erst aus den Zeitungen Kenntnis erhalten haben.

— Aus dem Bunde der Landwirthe sollen der "Nat.-Ztg." zufolge in neuerer Zeit tausende von Mitgliefern, namentlich auch in den östlichen Provinzen, ausgetreten sein, die nur noch durch die Anwerbung neuer Mitglieder ersetzt werden können; diese Werbetätigkeit nimmt einen großen Theil der Arbeit der "Organisation" in Anspruch, welche den Bundesmitgliedern jährlich eine halbe Million Mark kostet.

— Nur den Schoß haben die Nationalliberalen der weiteren Zugehörigkeit zu ihrer Landtagsfraktion nicht für würdig gefunden. Warum gegen die Busch und v. Sanden nicht vorgegangen wurde, erklärt die "Nationalliberale Korrespondenz" folgendermaßen: "Wir stellen fest, daß die nationalliberale Fraktion des Landtages von diesen Herren vom ersten Augenblicke an von ihrer abweichenden Auffassung in Kenntnis gesetzt worden ist. Sie hat somit der Ueberzeugung der Herren, die von Anfang an bis zum Schlusse festgehalten und auch zum Ausdruck gebracht worden ist, bevor Abg. Hübner seine bekannte Erklärung abgab, die Achtung entgegen gebracht, auf die Ueberzeugungstreue bei jeder politischen Auffassung, gleichviel welcher Partei, berechtigten Anspruch hat."

— Vera Mecke. Am letzten Sonntag wurden in den Provinzen Posen und Westpreußen zehn polnische Vereinsversammlungen aufgelöst oder verboten. In Santomischel verbot sogar ein starkes Polizei-Aufgebot Tanz und Tanzmusik.

— In Danzig hat, wie das "Berl. Tagebl." meldet, der Fäziller Sachowski gestern Nachmittag den Schloßherren Albert Sarembe, den er zur Hauptwache transportieren sollte, auf dem Kohlenmarkt durch den Kopf geschossen, weil Sarembe die Flucht ergriff und das ihm dreimal gegerufene Halt nicht beachtete.

Die verlaute, wäre der Zivilist mit zwei Frauenpersonen auf dem zu der Umwallung gehörigen Terrain arretiert worden. Die Kugel drang in den Hinterkopf, kam aus der Stirn wieder heraus, durchschlug eine in der Nähe befindliche eiserne Palastsäule und blieb im Mauerwerk des Zeughauses stecken. In der Zusage eines Danziger Einwohners an das "Berl. Tagebl." wird betont, daß die Gegend, in welcher der Vorfall sich zutrug, sehr stark vom Publikum frequentirt wird. Die Kugel sei an fünf großen Geschäftshäusern vorbeigegangen und es hätte ein unbeschreibliches Unglück sich ereignen können, wenn der Zufall es gewollt hätte. Wir verstehen die Erregung, die in der Danziger Bevölkerung zu herrschen scheint, vollkommen. Daß der Posten einfach nach seiner Instruktion gehandelt hat, ist vollkommen zuzugeben.

Die Erregung der liberalen Blätter über diesen Vorfall wird zur Befestigung der mittelalterlichen Instruktion gar nichts beitragen. Nur ein unaufgeklärter, prinzipiell geführter Kampf gegen das System wird mit diesem auch diese Instruktion zu Fall bringen.

— München, 28. Juli. Die "Correspondenz Hoffmann" schreibt: Gegenüber der in Passenhofen abgegebenen Erklärung des Herrn Dr. Sigl, er sei ermächtigt zu sagen, man werde an sehr hoher Stelle dankbar sein, wenn es gelänge, das Zentrum zu vertreten und eine wahrhaft bayerische Partei zu gründen, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß eine derartige Neuerrichtung weder dem Wortlaute noch dem Sinne nach in maßgebenden Kreisen gefallen ist. Hiernach beruht auch die von einem Zentrumsblatte gebrachte Notiz, welche den Namen des Freiherrn von Crailsheim damit in Verbindung bringt, auf völlig unrichtiger Information.

Dr. Sigl erklärt im "Bayr. Vaterland", daß die Neuerrichtungen über die Gründung einer neuen Partei, die wir nach der "Angsb. Abendztg." wiedergegeben haben, in dieser Fassung falsch seien. Er habe gesagt: Wenn es gelingt, das Zentrum zu vertreten, wenn wir dafür eine wahrhaft bayerische Partei gründen und deren Vertreter auch nach Berlin schicken, dann — ich bin ermächtigt, das öffentlich zu sagen — ist man uns dankbar, auch an hoher, an sehr hoher Stelle, wo man eine bayerische und wahrhaft bayerische Partei, an der man jederzeit eine Stütze finde, mit Freuden begrüßen wird. Dieser wahrhaft bayerische Partei existirt, ist da, es ist die Bauernpartei, die wirklich bayerische, die wahre Volkspartei.

— Nachwahlen in Bayern. Im Reichstagswahlkreise Neustadt ist die Nachwahl am 14. September festgesetzt. Die Landtags-Nachwahl für den Landtagswahlkreis Remmich findet am 7. September statt. Im Landtagswahlkreise Amberg stellt der Bauernbund dem bisherigen Vertreter, dem Rathe am obersten Landgerichte Walter, den Bauernbunds-Agitator Schäfer gegenüber.

— Agrarier und Nationalliberale in Baden. In Heidelberg haben es die Nationalliberalen nun glücklich so weit gebracht, daß die Stadt nicht bloß im Reichstage durch einen agrarischen Nationalliberalen vertreten werde. Auch die Kandidatur für den Landtagsitz ist von der nationalliberalen Partei einem Agrarier vom reinen Wasser, einem Vorstandsmitglied der Sektion des Bundes der Landwirthe, einem Herrn Schuh-Grenz, angetragen worden. Hiervon sieht man, wie vorsichtig man gegenüber diesen Feldern der letzten Tage bleiben muß.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In dem Majestätsbeleidigungs-Prozesse gegen Genossen Ritzgenau ist vor dem dortigen Landgerichte Termin auf nächsten Montag, 9 Uhr vormittags, angesetzt. So schnell ist wohl noch nie von einem Landgerichte ein Termin nach der Erledigung der Revision seitens des Reichsgerichts angesetzt worden.

— Oesterreich. Wien, 28. Juli. Zeitungsmeldungen zufolge beschlossen in Kärnten die Gemeinden Spittal a. d. Drau und Seeboden und in Deutsch-Böhmen die Gemeinden Halbstadt, Kalsching, Weigensdorf, Börsdorf, Kupferberg, Galtendorf, Odrau, Mli- und Neuzlich die Geschäfte in dem übertragenen Wirkungsbereiche einzustellen.

— Ungarn. Budapest, 28. Juli. Der in Karlowitz tagende serbische Nationalkongress ist durch den königlichen Kommissar Baron Nikolic suspendirt worden, weil der Kongress die von dem königlichen Reskript vorgezeichnete Tagesordnung nicht annehmen, sondern eine andere Tagesordnung feststellen wollte.

Jedenfalls hat es sich wieder darum gehandelt, Proteste gegen die rücksichtslose Magyarisirung zu hintertreiben.

— Budapest, 28. Juli. Das Abgeordnetenhause nahm mit überwiegender Mehrheit den Antrag des Ministerpräsidenten auf Verlängerung der Sitzungen an. Auf Antrag Gyoergs (äußerste Linke) beginnen die verlängerten Sitzungen erst morgen.

— Temesvar, 28. Juli. In Remet, einer Besitzung des Barons Ambrosi, ist unter den Ernte-Arbeitern ein Streik ausgebrochen. Der Kommandeur der Gendarmerie erbat Militärverfärkung.

— Niederlande. — Bei den Nachwahlen zur Kammer, die am Sonntag stattfanden, fanden in den Kreisen Wintholen und Zeevarden, wie uns Privatpersöhen melden, die Genossen van Ros und Van in die Stichwahl. Die Aussichten für den endgültigen Sieg sollen sehr gute sein. Die Stichwahlen finden am 3. August statt.

— Dänemark. — Die dänische Regierung ist schuld an dem Eisenbahnunglück bei Gjentofte. Bekanntlich hat das Eisenbahnunglück einen so fürchterlichen Umfang angenommen, weil die Dampfmaschine der Lokomotive versagte, also infolge einer Mangelhaftigkeit des Eisenbahnmateriale. Daß das Fahrmaterial der dänischen Bahnen aber in so traurigen Zustande ist, daran ist niemand anders schuld, als die dänische Regierung und die Provinzialverwaltung. Die dänische Regierung hat in den Jahren, als sie ohne bewilligtes Budget regierte (1894/95) bedeutende Summen, die von den Parlamenten für das Verkehrswesen bewilligt waren, zum Festungsbau verwendet. Es war damals für das Verkehrswesen die Summe von 7 889 680 Kr. in das Budget eingesetzt, die Regierung verwandte dafür aber nur die Summe von 4 505 404 Kr. Und noch deutlicher wird die Sache, wenn man die einzelnen Posten im Verkehrswesen prüft. Für das damals als ganz ungenügend bezeichnete rollende Material war zur Ergänzung die Summe von 700 000 Kr. angesetzt (die Regierung verbrauchte dafür nur 118 000 Kr.!!) Daher der Mangel an Eisenbahnwagen, der seit Jahren den dänischen Handel schädigt, daher die Verwendung von untauglichen Lokomotiven an verkehrsreichen Sonntagen. Selbst ein Blatt wie die "Nationaltidende" (konservativ) schrieb daher nach dem Unglück bei Gjentofte: Seit einem Menschenalter kämpft die Bahnverwaltung um eine Veränderung der Verhältnisse auf dem Kopenhagener Bahnhof, da bei den augenblicklichen Zuständen der Betrieb auf allen (selbständigen) Bahnen unsicher und gefahrvoll ist. Ein früherer Minister des Innern hat es vorausgesagt, daß ein großes Eisenbahnunglück eintreten müßte, wenn diese Verhältnisse nicht geändert würden. Eine Kommission hatte hervorgehoben, daß bei der angewendeten Sparsamkeit in Bezug auf Material und Personal ein zuverlässiger Betrieb nicht möglich sei. Und doch verwendete man die Gelder für Verbesserung des Verkehrswezens zum Festungsbau!

— Frankreich. Paris, 27. Juli. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux hat gestern einen Streitfall zwischen Frankreich und Siam geregelt. Vor einigen Wochen machten die Siamesen einen Einfall in das laut der letzten Verträge Frankreich zugehörige Gebiet an den Ufern des Mekong und führten eine Anzahl Eingeborene als Gefangene fort. Die französische Regierung protestirte unermüßlich gegen diese Verletzung des Völkerrrechts und verlangte

energisch die Freilassung der Gefangenen. Diese Angelegenheit ist gestern mit dem siamesischen Gesandten in Paris zur Zufriedenheit Frankreichs erledigt worden und der König von Siam kann nun nach Paris kommen, ohne befürchten zu müssen, daß seine Aufnahme hier durch die erwähnte Differenz gestört werde.

— England. London, 27. Juli. Unterhaus. Bei der Erörterung des Marinebudgets erklärte der Erste Lord der Admiralität Goschen, es bestehe die Absicht, den Bau der für dieses Jahr vorgesehenen Kriegsschiffe zu beschleunigen, außerdem würden in einem Nachtragsetat 110 Millionen Mark für weitere Schiffsbauten beantragt. Er habe seinerzeit gesagt, daß, wenn andere Mächte ihre Marine voranschläge steigerten, England sicher ihrem Beispiele folgen werde. Die Richtung anderer Länder gehe dahin, sehr starke, große Kreuzer zu bauen, die im Falle eines Krieges die Verbindungen Englands bedrohen würden, England sollte daher ebenso mächtige Kreuzer haben, um ihnen zu begegnen. Die fremden Nationen hätten auch die außerordentliche Geschwindigkeit der englischen Torpedozerstörer bemerkt und vermehrten deshalb ihre Flotten wesentlich durch derartige Schiffe. Der Nachtragskredit bezwecke, dem weiteren Schiffsbau anderer Nationen durch den Bau neuer Schiffe und durch die Beschleunigung des Baues der bereits begonnenen Schiffe zu begegnen; es werde beabsichtigt, sehr schnelle Kreuzer zu bauen, die geeignet seien, sich an Gefechten zu betheiligen und die Verbindungslinien Englands zu schützen. Außerdem sollten von dem Nachtragskredit 1 200 000 Mark für vier neue Torpedozerstörer verwendet werden.

— In englischen Kolonialreisen ist man sehr verstimmt über die Abtretung von Landestheilen Abyssiniens an den Grafen Keontsch durch Menelik. Keontsch lehnt demnach mit dem Prinzen Heinrich von Orleans nach Abyssinien zurück, um die Landestheile zu organisieren. Man nimmt an, daß Keontsch im Dienste der russischen Regierung steht. Selbstverständlich kann es für England nicht gleichgültig sein, wenn Rußland außer in Nord- und Zentral-Asien noch andernwärts mit der Gründung von Kolonien vorgeht und sich am Rothen Meer und nördlich von Ägypten festsetzt.

— Türkei. — Versöhnung mit den Jungtürken? "Figaro" meldet, in Frankreich anwesende Anführer der jungtürkischen Partei hätten vom Sultan die direkte Hofschaff erhalten, sich zu unterwerfen. Er verspreche ihnen dafür Amnestie. Uebrigens werde die Türkei bald liberale Einrichtungen erhalten. Die Anführer antworteten, sie würden den Vorschlag in Erwägung ziehen. Ähnliches ist schon öfters gemeldet worden, ohne sich je bisher bewahrheitet zu haben. Man kann es den in die Verbannung getriebenen liberalen Elementen des türkischen Volkes wohl nachsagen, daß sie den Versprechungen des launenhaften und grausamen, durch kein Gesetz gebundenen Sultans nicht trauen.

Wie vorsichtig man dem Sultan gegenüber sein muß, beweist die folgende Meldung des Londoner "Standard" aus Konstantinopel: Während der Sultan am Sonntag seine Gebete verrichtete, wurde ihm ein Schriftstück überreicht. Nachdem er dasselbe gelesen, gab er Befehl, mehr als hundert Personen in der Nacht zu verhaften. Unter den Verhafteten befanden sich vier Palastoffiziere.

— Japanische Kriegsvorbereitungen? "Morningpost" meldet, ein japanischer hoher Beamter habe erklärt, daß 1500 japanische Soldaten, als Auswanderer verkleidet, Ende Juli nach ein und demselben Bestimmungsort mit 8 Kreuzern abgehen. Man glaubt in New-York, Japan bereite eine kriegerische Aktion vor. Diese abenteuerlich klingende Meldung könnte sich bloß auf eine Aktion gegen die Vereinigten Staaten wegen der Sandwich-Inseln beziehen. Wir glauben freilich nicht an kriegerische Absichten Japans gegen die nordamerikanischen Freistaaten.

— Indien. Bombay, 28. Juli. Gangadhar Tital, ein eingeborenes Mitglied des gesetzgebenden Rathes des Gouverneurs von Bombay, ist gestern Abend unter der Anschuldigung, die Bevölkerung zur Unzufriedenheit aufgereizt zu haben, verhaftet worden. Derartige Mittelchen werden die Zufriedenheit der eingeborenen Bevölkerung nicht wiederherstellen.

— Simla, 27. Juli. An dem Angriffe auf das englische Lager bei Malakand waren 1000 Eingeborene theilhaftig. Die Garnison von Malakand wird schleunigst verhäkelt.

— Amerika. — Vor dem Zollamt in New-York spielten sich am Tage der Annahme der Tarifbill in einer gedrängten Menge von Interessenten erregte Szenen ab. Am 17. d. M. hatten die Dampfer "Paris", "Umbria" und "La Touraine" Southampton, Liverpool und Havre mit Passagieren und äußerst werthvollen Ladungen verlassen mit der bestimmten Absicht, vor Proklamirung des neuen Steuergesetzes in New-York ihre Papiere vorzulegen. Die Schnellfahrt war eine um so gewagtere Spekulation, als man vor acht Tagen noch gar nichts Bestimmtes über den Termin der Abstimmung sagen konnte. Der Dampfer "Paris" gelangte zuerst an und erreichte sein Ziel so rechtzeitig, daß der Kapitän vor 4 Uhr, der Schiffsarzt des Zollamts am Sonnabend, seine Papiere dorthin präsentiren konnte. Die "Umbria" kam etwas später, der Kapitän sah, daß er bis zu dem Dock zu viel Zeit verlieren würde. Kurz entschlossen charterte er einen begrenzenden Schleppdampfer und fuhr mit vollem Dampf bis an den Quai, warf sich in einen Wagen und jagte zum Zollhaus, wo er, von dem Durch der Parteien empfangen, einige Minuten vor 4 Uhr eintraf. Der Kapitän der "La Touraine" brachte sein Schiff erst in das Dock, er traf erst nach vier Uhr ein und wurde von einer Menge Enttäuschter mit Pfeifen und Johlen empfangen. Das Zollamt weigert sich aber nun, die Geldentbaten der ersten beiden Kapitäne anzuerkennen. Es werde bei ihnen nie ein halber Tag gerechnet, die Wirksamkeit des neuen Gesetzes beginne daher schon um Mitternacht des Abstimmungstages. Die Interessirten rüsten sich natürlich zum äußersten Widerstande, denn es handelt sich um nicht kleine Summen. In der Appellation soll hervorgehoben werden, daß der Präsident erst wenige Minuten nach 4 Uhr unterzeichnet habe.

— Partei-Nachrichten. Von der Agitation. Aus Tutzingen (Württemberg) wird uns unterm 27. d. M. geschrieben: Zurückkehrend vom Wülfinger Parteifest sprach gestern Abend Genosse Bebel hier vor einer massenhaft besuchten Versammlung. Hunderte konnten in dem großen Saal keinen Platz mehr finden. Bebel sprach über "Die gegenwärtige politische Lage". Ausgehend von den Wirkungen unserer ökonomischen Entwicklung zeichnete Bebel ein interessantes Bild unserer Bourgeoisie, des Junkertums und der sich steil an Zahl vergrößernden Arbeiterklasse. Unter dem Vorfall der ganzen Versammlung charakterisirte der Redner die augenblickliche Unschärfe und Heterogenität in den oberen Regionen; von der Stimmung des Volkes, die dabei in lautem Ausbruch kam, hat man sicher im hohen Norden keine Ahnung. Segner meldeten sich nicht. Die Versammlung verlief sehr gut.

— Von Sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereinen zu Budapest geht uns ein längerer Auszug mit der Bitte um Veröffentlichung zu. Wir geben denselben nach Vornahme einiger unwesentlicher Kürzungen wieder. Es heißt darin: "Vor ungefähr zwei Jahren kamen in Budapest mehrere deutsche Genossen überein, für die dort arbeitenden sozialdemokratischen deutschen Arbeiter eine Sammelstelle zu schaffen.

Obwohl in Budapest einige Arbeitervereine sozialdemokratischer Tendenz existiren, so wurde doch beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, so wurde beschlossen, einen solchen mit der deutschen Sprache als Vereinsprache ins Leben zu rufen. Da bei einem großen Theile der Bevölkerung Budapests und hauptsächlich in den Arbeiterkreisen die deutsche Sprache noch die vorherrschende

ist, ebenso einige Provinzen ganz deutsch sind, so glauben wir, daß dieses Vorgehen nicht zum Schaden der ungarländischen, speziell der Budapestiner Arbeiterbewegung war.

Nachdem durch die Bewilligung der Statuten dem Vereine das Gelingen aus dem Wege geräumt wurde, entfaltete er seine Wirksamkeit in kräftigster Weise. Um seinem Zwecke voll und ganz entsprechen zu können, bedarf er aber auch einer größeren Bibliothek; obgleich durch die Opferwilligkeit einiger Genossen in dieser Hinsicht schon vieles geschehen ist, so ist es doch nicht hinreichend. Deshalb richten wir an die Brudervereine Deutschlands sowie an das Solidariätätsgesetz jedes einzelnen Genossen die Bitte, etwaiges überflüssiges Material, sei es nun in Schriften, Büchern oder Broschüren etc. oder auch in Stoff für die Gefangenenabteilung, die der Verein ins Leben rief, uns zukommen zu lassen. Für die dadurch entstehenden Postporto-Kosten wollen wir recht gern aufkommen. Benachrichtigungen sowie Sendungen bitten wir an unsere Adresse richten zu wollen: Deutscher Arbeiter-Bildungsverein „Vorwärts“, VI. Bezirk, Felds Erbsdorf Nr. 25 (Baron's Gasthaus), Budapest. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck dieses Anrufes gebeten.

Der Nationalkongress der italienischen Partei wird vom 18.-20. September in Bologna abgehalten werden.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
Auf Grund des sächsischen „Juwels“ verbot die Amtshauptmannschaft Glauchau eine in Ernstthal geplante Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Franz Gosmann aus Chemnitz sprechen sollte. Gosmann sei wegen Beamteneidverletzung vorbestraft, seine Rede sei aufreizend und hat daher die Amtshauptmannschaft Bedenken, er könne zu ungesetzlichen Handlungen auffordern.

## Gewerkschaftliches.

**Berlin und Umgebung.**  
An die Zimmerer Deutschlands! Kameraden! Trotz der wiederholten Anrufe in der Arbeiterpresse ist doch der Jung der Arbeiterkräfte nach Berlin ein ganz bedeutender und sehr erschwerend für unsere Kämpfe, welche wir mit dem Unternehmertum zu führen gezwungen sind. Obwohl genügend Arbeitslose vorhanden, versuchen die Unternehmer und ihre Helfershelfer doch noch mit allen Mitteln den Jung zu vermehren und unerfahrene Kameraden nach Berlin zu locken, welche als willfährige Werkzeuge aber nur so lange benutzt werden, bis der Unternehmer ihrer überdrüssig und Ertrag für sie gefunden hat. Der Jung offen! Wenn der allgemeine Streik nun auch aufgehoben und der größte Teil der Berliner Zimmerer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. arbeitet, so ist dadurch der Kampf aber noch nicht beendet, sondern er entbrennt jetzt erst recht auf den einzelnen Arbeitsstellen und ist dadurch die Zeit des Kampfes nur eine andere geworden. Die Berliner Zimmerer in ihrer Mehrzahl sind aber fest entschlossen, nicht eher zu ruhen und den Kampf aufzugeben, bis auch der letzte Unternehmer einen Stundenlohn von 60 Pf. zahlen muß.

Kameraden! Obwohl wir wissen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Berufes überall keine rosen sind, wenden wir uns doch nochmals mit der Bitte an Euch: Haltet den Jung fern und weidet Berlin noch auf einige Zeit. Zimmerer Deutschlands! Hört nicht auf die verlockenden Angebote der Unternehmer und die falschen Berichte bürgerlicher Zeitungen, denn in Wirklichkeit liegen die Verhältnisse anders und mancher muß enttäuscht Berlin wieder verlassen. Vor allen Dingen aber weidet den Nachweis der hiesigen Unternehmer. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins und Umgegend, S. K.: Theodor Fischer, C., Grenadierstr. 33.

**Sämtliche Dreher der Firma Dubloff u. Co., Kaiserin Augusta-Allee 24** haben am Montag die Arbeit niedergelegt. Dem Auslande liegen ganz eigenartige Ursachen zu Grunde. Seit langer Zeit war es den dort beschäftigten Arbeitern nicht möglich, an dem Zahlabend den verdienten Lohn zu erhalten, so daß die Firma bei einzelnen Arbeitern ein ganz hübsches Konto hatte. Es wurde jedoch immer wieder eine Verständigung herbeigeführt. In neuerer Zeit haben sich nun diese Zustände noch bedeutend verschlechtert. Nicht allein, daß die Arbeiter wochenlang auf den Lohn warten mußten, sondern es wurden ihnen auch noch bedeutende Abzüge gemacht. Am Sonnabend, den 24. Juli, erhielten die Dreher wieder kein Geld, sie wurden sämtlich zu Sonntag Vormittag um 11 Uhr befristet. Die Arbeiter waren pünktlich erschienen, nicht aber die Geschäftsinhaber. Auch den ganzen Vormittag des Montag warteten die Arbeiter vergeblich auf Geld; auf vieles Drängen wurde ihnen um 12 1/2 Uhr endlich ein Wochenlohn ausgezahlt. Als beim Wiederbeginn der Arbeit (1 Uhr) ein Arbeiter sich um einige Minuten verspätete, wurde ihm von dem anscheinend gekümmerten Chef bedeutet, er möge, wenn er nicht pünktlich sein könne, lieber aufhören. Auf die höfliche Bemerkung eines anderen Arbeiters, daß die Verspätung daher käme, daß es erst um 12 1/2 Uhr Geld gegeben habe, wurde auch diesem gesagt, er solle aufhören, daraufhin legten sämtliche Dreher die Arbeit nieder. Denjenigen, welche noch frühere Forderungen haben, wurde gesagt, sie könnten ihr Geld Sonnabend erhalten. Wenn das nicht passe, der Löhne sie ja verklagen. Diese Zustände dürften wenig geeignet sein, Arbeiter zu veranlassen, die Plätze der Weggegangenen einzunehmen.

**Zum Streik der Töpfer Braunschweigs** ist mitzutheilen, daß hiesige Ofenseher, jedenfalls weil sie nicht wußten, daß ihre Braunschweiger Kollegen sich im Streik befinden, bei der dortigen Firma Reinicke u. Richau um Arbeit ansetzten. Diese Firma, die durch ihr Verhalten gerade den Streik hervorgerufen, schrieb als Antwort: „daß Anstellung noch zu finden sei, man möge angeben, mit welchem Tage man in Braunschweig eintreffe und bei Ankunft am Hut ein weißes Stück Papier als Erkennungszeichen befehlen.“ Die betreffenden Ofenseher werden, nachdem sie sich in dem Verbandsbureau erkundigten, weil ihnen die Sache doch nicht so recht geheimer vorkam, nicht abreisen. Wir bitten nun, in den Kreisen der Ofenseher darauf hinzuweisen, daß, wie wir bereits wiederholt mittheilten, Jung nach Braunschweig, Wilhelmshaven, Rostock und Pirna auf das strengste ferngehalten werden muß. Der Zentralvorstand des Verbandes der Töpfer, Auskunfts wird erteilt im Zentralbureau, Rosenhauerstr. 57.

**Die Schornsteinfegergesellschaften** machen den Versuch, sich zu organisieren; über eine recht interessante Versammlung, welche dieselben am Sonnabend abgehalten haben, wird im Versammlungsbeilage unseres Blattes berichtet.

**Der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister** hat ein weiteres, mit dem 20. Juli datiertes Rundschreiben an die einzelnen Unternehmer im Bauverwerbe verfaßt, in welchem angeführt wird, daß entgegengekehrt den Bestimmungen der Lohnkommission der Stundenlohn von 55 Pf. überwiegt und eine der jeweiligen Zwangslage entsprechende Bewilligung der Mehrforderung nur in wenigen Fällen eingetreten ist. Dieses Resultat will die wohlhabliche Zunft durch eine Umfrage über die derzeitigen Lohnverhältnisse der Maurer und Zimmerer erlangen, trotzdem sich die Herren in dem Rundschreiben, daß ihrer Bitte um Ueberlieferung von Material nicht genügend entsprochen worden ist. Entweder sind die wirklichen Thatsachen der Zunft nicht bekannt, in diesem Fall rathen wir derselben, sich an die Arbeiter zu wenden, die über ein vorzügliches Material verfügen, oder aber die Thatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Maurer und auch der Zimmerer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. arbeitet, ist der Zunft bekannt und sie versucht, dieselbe zu verschleiern. — Die von den Maurern am 25. Juli vorgenommene Baukontrolle hat ergeben, daß auf 507 genau bezeichneten Bauten 5127 Maurer 9 Stunden und zu einem Lohn von 60 Pf. beschäftigt waren. Nur auf 166 Bauten mit 1112 Maurern waren die alten Bedingungen noch vorhanden. Durch die von der Lohnkommission der Zimmerer am 23. Juli vorgenommene Platz- und Baukontrolle wurden 299 Unternehmer festgesetzt und namhaft gemacht, welche die Forderungen bewilligt haben. Es sind bei diesen auf 372 Bauten oder Plätzen 2850 Zimmerer

zu den neuen Bedingungen beschäftigt. Nur 71 Unternehmer, die auf 183 Bauten oder Plätzen 1100 Zimmerer beschäftigten, haben die Forderungen nicht bewilligt, obwohl auch bei diesen die Löhne fast allgemein gestiegen und Klassenlöhne bis zu 60 Pf. bezahlt werden. — Der Zweck der Zunft, weshalb die derzeitigen Arbeitsbedingungen entstehen und nicht der Wahrheit entsprechend zugegeben werden, ist offenbar der, die einzelnen Unternehmer zu veranlassen und so provozieren, die bewilligten Forderungen zurückzuziehen. Was sollte sonst in dem Rundschreiben der Satz: „Es liegt demnach keine Veranlassung vor, sich durch die üblichen Ueberlieferungen in den Angaben der Lohnkommission beeinflussen zu lassen.“ Es wird Sache der Arbeiter sein, etwa allzu eifrigen Zunftgenossen, welche sich durch das Schreiben verleiten lassen, Lohnreduzierungen vorzunehmen, in geeigneter Weise gegenüber zu treten. Wenn der Verfasser des Rundschreibens dann weiter sagt: „Die großen Erfolge“, die die Lohnkommission zu ihrer zeitweilig immer wieder nötig werdenden Selbstverherrlichung braucht, beruhen bekanntlich in der Hauptsache auf einem glänzend ausgebildeten Phantastievermögen“, so mag das ja in jenen Kreisen schon als ein „geistreicher“ Witz gelten, ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Arbeiter im Bauverwerbe bei den letzten Lohnbewegungen ein günstiges Resultat erzielt, und kennzeichnet nur die Wuth des Unternehmertums darüber, daß die Arbeiter immer mehr die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen begreifen.

### Deutsches Reich.

**Aus Breslau** wird der „Köln. Zig.“ telegraphisch: Auf der Paulushütte bei Rodsitz in der Provinz Posen legten hundert Finkhättenarbeiter nach Ablehnung einer Forderung auf Lohnhöhung die Arbeit nieder. — Auf der Gaciliengrube bei Scharley traten die russisch-polnischen Arbeiter in den Ausstand. Sie wurden über die Grenze nach Rußland gebracht.

**Die Steinbrücker der Firma Sohn in Breslau** streikten um Verkürzung der Arbeitszeit von 11 1/4 auf 10 1/4 Stunde.

**Die Dirsch-Duncker'schen Tischler von Stettin-Grabow** haben, wie die Stettiner „Abend-Zig.“ mittheilt, einstimmig folgenden Antrag angenommen: „Diejenigen Kollegen, die bisher zum Tischlerstreik nicht beigetragen haben, anzuhalten, eine Unterstützung von 1 M. pro Woche zu bezahlen. Für die Wochen vom Ausbruch des Streikes ab (April bis 17. Juli) haben die betreffenden 50 Pf. nachzugeben, wenn sie nicht aus der Mitgliederliste gestrichen sein wollen.“ — Was wird Herr Dirsch dazu sagen? Offenlich hat er sein Nichtwillingen bei sich.

**Der Streik der Textilarbeiter in Telmenhorst** dürfte ein langwieriger und hartnäckiger werden. Die Direktion soll entschlossen sein, den Kampf bis aufs Äußerste zu führen, andererseits sind die Arbeiter entschlossen, zu den alten Löhnen keinesfalls die Arbeit wieder aufzunehmen. Die letzte Lohnzahlung fand auf offener Straße unter polizeilicher Bedeckung statt. Die „Löhne“ betragen in vielen Fällen 12, 13 und 15 Pfennig. Die Abzüge wurden gemacht und wer nicht damit zufrieden, dem steht der Klagenweg zu. Die Lohnbeutel wurden durch die Stöße des eisernen Thores den Arbeitern ausgehändigt. Arbeiter, die 10-20 Jahre in der Fabrik gearbeitet haben, sind, obgleich keine Streikenden, einisch gestrichelt worden. In einer Versammlung der Geschäftsleute wurde beschlossen, den Streikenden, soweit dieselben zur ständigen Rundschaft gehören, Kredit während der Streikzeit zu gewähren. Unterzeichnet haben sich außer den bisher gemeldeten noch 16 Geschäftsleute. Dieser Beschluß trägt sehr dazu bei, die Streikenden mit neuer Hoffnung zu besetzen, denn die größte Charakterstärke wird schließlich durch Hunger überwunden.

**Vom Leipziger Maurerstreik.** Der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ist folgendes gedruckte Rundschreiben des Verbandes der Bau-Arbeitgeber in Leipzig und Umgegend zugegangen: „Der Rath der Stadt Leipzig resp. das Armenamt haben lebhaftes Interesse, aber die aus unseren Geschäften am Mittwoch, den 16. Juni ds. J., in den Streik eingetretenen Maurer ein genaues Verzeichniß erhalten zu können. Der Vorstand ersucht daher die Herren Kollegen, beigefügte Liste recht bald anzufüllen und sobald wie möglich nach der Bauhütte, an unseren Sekretär, Herrn Bachmann, überreichen zu wollen. Der Vorstand.“

Diesem Rundschreiben, das als Rundschreiben Nr. 60 bezeichnet ist, ist ein Listenformular — Liste der in meinem Geschäft streikenden Arbeiter — lautend der Ausdruck — beigefügt, in dem ein Zu- und Vornamen, Geburtsort und -Tag und Wohnung der Streikenden einzutragen sind. — Unser Leipziger Parteiorgan fordert den Rath der Stadt Leipzig auf, sich zu dieser Sache klar und deutlich zu äußern. Es sei begreiflich, daß die Streikenden, falls der Arbeitgeber-Verband nicht bloß gestinkert habe, zu der Meinung kommen müßten, der Rath beabsichtige Maßnahmen, die einer Parteinahme für die Unternehmer und gegen die Arbeiter in dem gegenwärtigen Kampfe recht ähnlich sehen würden. Diesen Schein zu vermeiden, sei Pflicht des Raths.

**Die Württger der Kölnener Fabrik von Wendt** legten sämtlich die Arbeit nieder, weil einer ihrer Mitarbeiter gemahregelt worden war.

**Buchdrucker nach der Schweiz** werden von Vertretern Schweizer Prinzipale in verschiedenen deutschen Städten gesucht. Sie legen denen, die sich bei ihnen melden, ein gedrucktes Formular vor, das ihnen freie Eisenbahnfahrt u. a. verspricht, in dem es aber unter anderem heißt: Ferner verpflichtet er sich, dem Schweizerischen Typographenbunde nicht beizutreten und in seiner Kondition treu zu verharren. Wir machen darauf aufmerksam, daß in der Schweiz Lohnfreiheit zwischen den Buchdruckern und den Prinzipalen ausgebrochen sind.

### Ausland.

**Von den streikenden belgischen Bergleuten** sollen, dem „D. B. Bd.“ zufolge, gestern in Mons 2000 angefahren sein.

**In Mantua** haben die Arbeiterinnen auf den Wältern des Marceffe Quarz die Arbeit eingestellt. Die Herabsetzung des Tageslohnes von 70 auf 60 Centesimi und die Erhöhung der täglichen Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden waren die Ursachen dieser Arbeitseinstellung.

**Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer** wird uns geschrieben: Die Londoner Feinmechaniker sind durch die Achtstundebewegung der Maschinenbauer ebenfalls in den Lockout hineingezogen. Verschiedene Mitglieder der „Scientific Instrument Makers Trade Society“ arbeiten mit Mitgliedern der Maschinenbauergewerkschaft in denselben Verhältnissen. Als die Maschinenbauer den Achtstundentag forderten, erhielten die Mechaniker von ihrer Organisation die Anweisung, in allen Fällen mit den Maschinenbauern zusammenzugehen. Auch erkannten die Mechaniker 2 Delegirte zum Achtstunden-Komitee. Siemens Brothers, Elliot Brothers und verschiedene andere Firmen, welche dem Unternehmerverband angehören und mehr Mechaniker als Maschinenbauer beschäftigen, beschlossen nunmehr, auch die Mechaniker aufzunehmen. 25 pCt. erhielten die Kündigung, worauf in Auftrage der Organisation auch die übrigen 75 pCt. ihre Kündigung einreichten. Bei Siemens Brothers sind sämtliche Mechaniker ausständig, die Nichtunionisten einbezogen. In den übrigen Fabriken ist die Kündigung am Freitag abgelaufen. In allen Fällen geben die unorganisirten mit den organisirten Mechanikern Hand in Hand. Die Organisation zählt in London gegenwärtig ungefähr 800 Mitglieder, welche außer dem gewöhnlichen Wochenbeitrag 1 Schilling pro Woche in die Streikkasse zu zahlen haben. Ausgesperrte Mitglieder, die über 12 Monate der Organisation angehören, erhalten pro Woche 24 Schilling; Mitglieder, welche kürzere Zeit organisiert sind, erhalten 17 Schilling und Nichtmitglieder 6 Schilling pro Woche. In der am 21. Juli abgehaltenen Generalversammlung des Mechanikerverbandes wurde beschlossen, den Minimallohn von 8 Pence auf 8 1/2 Pence pro Stunde zu erhöhen. Die Stundensfrage wurde bis zur Erledigung des Lockout vertagt, obwohl zweifellos auch die Mechaniker den Achtstundentag fordern werden, denn „zehn Jahre Agitation für den

Achtstundentag können nicht so viel bewerkstelligen, als die Handlungweise der Unternehmer in diesem Falle“.

Ueber die Lage in der Provinz wird der „Sächs. Arb. Zig.“ u. a. noch folgendes mitgetheilt: In verschiedenen Städten haben eine Anzahl Arbeitgeber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Sie glaubten, daß die Nicht-Gewerkschaftsmitglieder während des Streiks weiter arbeiten würden, aber in den meisten Fällen machten sie gemeinsame Sache mit ihren kämpfenden Kollegen und legten die Arbeit nieder. So zum Beispiel in Leeds, wo ein Fabrikant über tausend Arbeiter beschäftigt, wovon nur zweihundert zur Gewerkschaft gehören. Als diese zweihundert Mann vorigen Sonnabend die Fabrik verließen, erklärten die übrigen Arbeiter, ebenfalls die Arbeit niederlegen zu wollen, was auch am Montag geschah. Infolge dessen ist die Zahl der Streiker in Leeds auf 7000 gestiegen. Die Arbeiter sind des Sieges gewiß und glauben, daß in einigen Wochen der Streik beigelegt wird.

**Ueber Streiks in Rußland** wird uns geschrieben: „In Wilnowski (Gouvernement Jzwoll) ist vor kurzem nach einer Dauer von 7 Wochen ein Streik von 800 Forstarbeitern beendet worden. Die Arbeiter verlangten den zwölftägigen Arbeitstag.“ — Der Kampf wurde von beiden Seiten mit der größten Hartnäckigkeit geführt. Den Arbeitern wurde der Kampf erleichtert durch die materielle Unterstützung, welche ihnen von den jüdischen Arbeiterorganisationen einiger Städte Westrußlands zu Theil wurde. Die Unternehmer, welche auf einem in Ogdobynen abgehaltenen Kongresse, an welchem sich auch die Besitzer der Betriebe in den umliegenden Dörfern und kleinen Städten beteiligten, beschlossen hatten, nicht nachzugeben, wurden in ihrem Widerstande gegen die Forderungen der Arbeiter durch die Polizei unterbunden; diese nahm in willkürlicher Weise Verhaftungen und Ausweisungen von Arbeitern vor. Schließlich kam es zu einem Kompromiß zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Unternehmer bewilligten den 13 stündigen Arbeitstag. Man kann sich vorstellen, wie ansehnlich die Arbeitsverhältnisse in diesem höchst ungesunden Arbeitszweige waren, wenn der 13 stündige Arbeitstag von den Arbeitern als eine Erleichterung empfunden wird! Doch sollte auch diese Erleichterung den Arbeitern nicht zu Theil werden. Der aus Ogdobyn herbeigekommene Fabrikinspektor zerriß die mit den Arbeitern getroffene Vereinbarung und verbot den Unternehmern, jedwede Konzession zu machen. Dieses Verbot des Fabrikinspektors ist wohl auf eine Weisung des Finanzministers zurückzuführen, welcher, nachdem er durch die Petersburger Streiks genötigt wurde, schleunigst das Gesetz über den Normalarbeitstag durchzuführen, nunmehr wiederum seinen Beamten den Befehl gegeben hat, keine Konzessionen seitens der Unternehmer an streikende Arbeiter zu gestatten. Diese neueste Wendung im Jidjad-Russ des Herrn Witte wird wohl nicht lange andauern. Wie die von ihren Arbeitern bedrückten Petersburger Fabrikanten ihn schon einmal selbst veranlaßten, seine Politik der Verweigerung von Konzessionen aufzugeben, so wird er durch weitere energische Kämpfe der Arbeiter genötigt werden, auch seine neueste Weisung an die Fabrikinspektoren, welche übrigens trefflich geeignet ist, das politische Bewußtsein bei der russischen Arbeiterschaft zu stärken, rückgängig zu machen.

In Wilna (Westrußland) fand ein Streik von 800 Arbeitern statt, welche mit dem Auseinandernehmen der Polystilbe beschäftigt sind. Der Ausstand dauerte fünf Tage. Die Arbeiter erzielten den Zwölftundentag und eine Erhöhung der Zahl der Arbeiter, welche ein bestimmtes Arbeitspensum zu erledigen haben.

## Soziales.

**Arbeitsnachweiskassen im Meer.** Im Bereich des X. Armeekorps sollen, wie man dem „Hann. Cour.“ mittheilt, in diesem Herbst verfuhrweise Einrichtungen getroffen werden, die es den zur Entlassung kommenden Reservisten ermöglichen, sich schon vor ihrem Abgange Arbeit zu verschaffen. Die Kriegerveine und Bezirkskommandos sollen zu diesem Zwecke Aufträge sammeln, die Ergebnisse zusammenstellen und sie den Truppentheilen zustellen. — Es ist leider nicht gesagt, ob dabei auch die Lohnhöhe berücksichtigt werden soll, oder ob man auch unter den schlechtesten Bedingungen vermitteln will. Geschicht das letztere, so dürften es die Reservisten ohne Zweifel vorziehen, sich nach ihrer Entlassung an diejenigen Arbeitsnachweise zu wenden, welche nur plätzen, wenn der Unternehmer gewisse Forderungen anerkennt.

**Das Arbeiterssekretariat in Stuttgart**, das am 1. März d. J. in Thätigkeit trat, hat vor kurzem seinen ersten Bericht über die 4 Monate seines Bestehens veröffentlicht. Die Gesamtzahl der in diesen 4 Monaten zu erledigenden, dem Arbeiterssekretariat theils mündlich, theils schriftlich unterbreiteten Anliegen beziffert sich auf insgesamt 2289 mündlich und 878 schriftlich vorgetragene Gegenstände, somit im ganzen auf 2967 Anliegen verschiedenster Art. Davon kommt die größte Zahl, wie nicht anders zu erwarten, auf die gewerblichen Streitigkeiten. Forderungen in Schuldloshen, Unfallsachen und Miethes Streitigkeiten, sowie Invalditäts- und Krankenversicherung Angelegenheiten sind ebenfalls hervorragend beteiligt. Unter den 2289 Besuchern des Sekretariats gehörten nur 891 einer Organisation (gewerkschaftlicher oder politischer Art) an, 1398 Personen waren also nicht organisiert. Bei diesem erheblichen Ueberwiegen der Nichtorganisirten darf übrigens nicht außer acht gelassen werden, daß sich ein großer Theil der Besucher des Sekretariats aus dem weiblichen Geschlecht rekrutirt, ein Umstand, welcher das Ueberwiegen der Nichtorganisirten einermassen plausibel erscheinen läßt. Zusammen beweist die hohen konstatirte Thatsache, daß das Arbeiterssekretariat in Wirklichkeit der gesamten Bevölkerung und nicht bloß einzelnen Kategorien derselben seine meigennütigen Dienste leistet.

**Die diesjährige Hauptversammlung des Handelsgärtner-Verbandes** wird sich u. a. auch mit den Kontraktbrüchen der Gehilfen beschäftigen und liegt hierzu folgender Antrag vor: „Die Hauptversammlung wolle beschließen, eine Liste kontraktbrüchiger Gehilfen aufzustellen und dieselbe im „Handelsblatt“ wiederholt bekannt zu geben. Sollte dies nicht zulässig sein, dann eine solche Liste der Liste O hinzuzufügen und diese auch an Nichtmitglieder auf Verlangen zu übersenden.“ Diese Angelegenheit ist von weiterem Interesse. Thatsächlich kommen Kontraktbrüche der Gehilfen nicht selten vor. Dieselben werden aber erklärlich durch die jämmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besonders im Handelsgärtnergewerbe. Sodann kommt noch hinzu, daß die Gärtnergehilfen noch auf keinem gemeinsamen rechtlichen Boden stehen. Meist werden sie zu dem „Gesinde“ gerechnet und unterworfen so den verschiedensten in den deutschen Vaterländern geltenden Rechten. Würden sie einheitlich der Reichs-Gewerbe-Ordnung unterstellt sein, so wäre eine klare Stellung geschaffen. Das Streben der aufgeklärten und zielbewußten Gehilfen geht denn auch dahin, allgemein als Gewerbegehilfen anerkannt und als solche der Reichs-Gewerbe-Ordnung unterstellt zu werden. Geschicht dies und erfahren außerdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen eine wesentliche Besserung, dann werden die Handelsgärtner schwerlich, wie jetzt, über Kontraktbrüche der Gehilfen sich zu beklagen Veranlassung finden.

**Arbeiterverhältnisse im Tischlergewerbe in Bern.** Der stadtbürgerliche Arbeiterssekretär Genosse Dr. Bassiliotti hat in jüngster Zeit eine sozialstatistische Erhebung über die Verhältnisse im Tischlergewerbe der Stadt Bern gemacht. Das umfangreiche Erhebungsformular enthielt 24 Fragen, die jedoch nur von 321 Arbeitern in 39 Werkstätten beantwortet wurden, während es in Bern über 1200 Werkstätten mit ca. 500-600 Tischlergesellen giebt. Von den 321 Arbeitern sind 138 verheiratet, welche zusammen 597 Kinder haben. Der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt 4.43 Fr. Die Arbeitszeit ist überall die 10 stündige. Ueberzearbeit kommt selten vor. Im Mittel arbeiten 162 Arbeiter, wobei sich der durchschnittliche Tagesverdienst auf 4.76 Fr. stellt. Die Lohnzahlung findet in der Regel alle vierzehn Tage statt. Die Zahl der Beihilgen auf 321 Arbeiter beträgt 29, welche in 14 Werkstätten arbeiten; aber in einer Werkstätte allein sind neben 1 Arbeiter 6 Beihilgen! Von den 39 Geschäftsinhabern gehören 24 (= 61 pCt.) dem Meisterverbande, von den 321 Arbeitern

nur 174 (= 54 pCt.) dem Fachverein an; von den 80 Arbeitern eines Geschäftes sind nur 5 in der Organisation. Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse des Tischlergewerbes wird sodann gesagt, daß der Bautischler von der großen Baunternehmung, der Möbeltischler von der Möbelfabrik verdrängt wird.

## Gewichts-Beifung.

Eine für den Droschken-Fahrbetrieb wichtige Verhandlung fand gestern vor der achten Ferienkammer statt. Der Droschkentischer Oscar Gerlach war wegen Tarifüberschreitung in eine Geldstrafe von 80 M. genommen worden. Das Schöffengericht hatte das Strafmandat bestätigt. Am 31. Januar d. J., einem Sonntag, war der Angeklagte von einer Familie in Moabit zu einer Schlittenfahrt nach Bellinghof angenommen worden. Eine Vereinbarung in betreff des Preises war nicht getroffen worden. Nach der Rückkunft verlangte der Angeklagte 20 M., wogegen der Besitzer des Schlittens behauptete, daß der Angeklagte tarifmäßig nur 11,50 M. zu fordern habe. Der letztere erhob im Termine den Einwand, daß nicht vier Personen, welche der Schlitten eigentlich nur fassen könne, sondern deren sechs die Fahrt mitgemacht hätten. Auf diese Thatsache stützte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hugo Sonnenfeld, in der Berufungsinstanz seinen Antrag auf Freisprechung. Der von der Polizei vorgeschriebene Tarif gehe über vier Personen nicht hinaus, wenn der Angeklagte sechs Personen gehabt habe, so gehe ihn der Tarif nichts an. Das Reglement schreibe ferner vor, daß der Droschkentischer verpflichtet sein solle, eine Fahrt bis zu 5 Kilometern über den Berliner Polizeibezirk hinaus zu übernehmen. Bellinghof liege zehn Kilometer außerhalb des Bezirks. Die Befugnisse der Polizei gingen nicht so weit auch die Fahrpreise außerhalb des Berliner Reichsbildes vorzuschreiben zu können und auch aus diesem Grunde sei der Tarif im vorliegenden Falle nicht mehr maßgebend. Uebrigens sei der Preis von 20 M. für eine Schlittenfahrt nach einem drei Meilen entfernten Ort keineswegs zu hoch, zumal wenn sechs Personen zu befördern seien. Der Umstand, daß der Angeklagte schneller mit dem Schlitten gefahren sei, als mit einem Wagen, könne ebenfalls nicht in Betracht kommen, die Leistungsfähigkeit der Pferde sei mehr in Anspruch genommen worden. Die man einen Preis von 11,50 M. für angemessen halten könne, sei ihm nicht recht begrifflich. — Der Gerichtshof ging auf die letzteren Ausführungen des Verteidigers nicht näher ein, weil schon aus dem zuerst angeführten Grunde eine Freisprechung des Angeklagten erfolgen müsse. Der Tarif sehe nur den Preis bei einer Beförderung von 4 Personen fest, weil der Kutscher eigentlich nicht mehr befördern dürfe. Bei sechs Fahrgästen müsse naturgemäß eine Erhöhung eintreten und wenn der Angeklagte diese vielleicht auch willkürlich etwas zu hoch bemessen habe, so könne doch von einer Tarifüberschreitung nicht die Rede sein.

Der Beleidigung des jetzt in Straßburg befindlichen, früher in Danzig gewesen Gewerbeinspektors Dr. Wollner sollten sich die Genossen Müller, S. Hahn und Maschinenbauer H. Czwickla in Danzig dadurch schuldig gemacht haben, daß ersterer in einer am 4. Oktober 1896 abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Müller und Mühlenarbeiter als Mitglied des Gewerkschaftsartikels über seine Tätigkeit in demselben referiert und dabei, als er an die Erfolge seiner Beschwerdeführung über die Mißstände hiesiger Fabriken bei dem Gewerbeinspektor zu sprechen kam, in Bezug auf diesen bemerkte: „Der Gewerbeinspektor hat mir selbst zugestanden, daß die chemische Fabrik so wenig den gesetzlichen Anforderungen entspricht, daß sie eigentlich geschlossen werden müßte, aber ihm thäten die Arbeiter leid, die dann brotlos werden würden. Der Gewerbeinspektor scheine aber mit den Unternehmern mehr Mitleid zu empfinden, als mit den Arbeitern und deshalb müsse er ihm den Vorwurf der Parteilichkeit machen.“ Czwickla soll sich diesen Ausführungen angeschlossen und noch hinzugefügt haben: „Wenn dem Gewerbeinspektor die Arbeiter wirklich so leid thäten, dann hätte er die Fabrik schon schließen müssen, da er dies aber nicht gethan, so habe er seine Pflicht nicht erfüllt.“ — Vor dem Schöffengericht in Danzig erhoben die Angeklagten den Einwand, daß sie mit ihrer Kritik nicht zu weit gegangen seien, da sie für die Beurteilung der Tätigkeit des Gewerbeinspektors in vollstem Umfang den Wahrheitsbeweis antreten wollten und auch den Schutz des § 193 für sich in Anspruch nahmen. Das Gericht lehnte jedoch den Wahrheitsbeweis ab und verurteilte jeden der beiden Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Im Urtheil war hervorzuheben, daß die Form der Äußerungen und der Umstand, daß sie in öffentlicher Versammlung gefallen seien, die Absicht der Beleidigung erkennen lasse. Beide Angeklagten legten Berufung ein und am Montag, den 26. Juli, wurde über dieselbe vor der Strafkammer in Danzig verhandelt. Hahn hatte auch zu diesem Termin eine Reihe Zeugen, darunter auch den Gewerberath Trilling und den Gewerbeinspektor Dr. Wollner als Zeugen vorgeschlagen, aber nur die Ladung des ersteren war seitens des Gerichts verfügt. Hahn legte dar, daß er von einer öffentlichen Versammlung mit noch einigen anderen den Auftrag erhalten habe, Beschwerden dem Gewerbeinspektor zu übermitteln und damit habe er auch die Pflicht gehabt, den Erfolg seiner Bemühungen der öffentlichen Versammlung zu berichten. Er sei in seiner Kritik nicht zu weit gegangen und bedauere, daß ihm die Führung des Wahrheitsbeweises nicht ermöglicht werde, aber er mache sich anheischig nachzuweisen, daß in hiesigen Fabriken Mißstände, über die er schon seit 2 Jahren wiederholt bei dem Gewerbeinspektor Beschwerde geführt habe, heute noch, nach wie vor bestehen. Der Gewerbeinspektor habe sich ihm gegenüber, als er über die schauerhaften gesundheitsgefährlichen Zustände in der chemischen Fabrik von Petschow u. Davidsohn Beschwerde geführt, geäußert: „Die chemische Fabrik ist keine Wohnkuche!“ Der Gewerbeinspektor habe ihm vorgeworfen, daß nur er immer sich beschwere, während von anderer Seite nichts käme. Als er einmal die Dampfmühle von Lehmer angezeigt, weil dort Sonntags gearbeitet werden sollte, wie er durch mehrere glaubwürdige Zeugen erfahren, habe ihm bei einem späteren Anlaß Dr. Wollner vorgeworfen, daß er ihm Unwahrheiten berichtet habe, denn die Unternehmer hätten die Nachfrage bestritten, daß am Sonntag gearbeitet werden sollte. 3/4 Jahre lang habe er und andere mit 4 wöchentlichen Unterbrechungen über die dauernde Uebertretung der Sonntagsruhevorschriften durch die Dampfmühlen von „Speiser u. Comp.“, „Lehmer“ und „Deilmühle“ bei dem Gewerbeinspektor Beschwerde geführt, aber gesehen sei bis heute nichts. Er habe auch schon bei dem Gewerberath Trilling über den Gewerbeinspektor Beschwerde geführt, während dieser Unterredung sei der Gewerbeinspektor zufällig hinzugekommen und habe dabei eingesehen müssen, daß er wohl nicht energisch genug die Beschwerden verfolgt habe. Hahn hat, über diese Unterredung speziell den Herrn Gewerberath vernommen zu wollen. Die Aussagen des Gewerberaths Trilling lassen wir ziemlich im Wortlaut folgen. Er sagte: „Es ist mir auch bekannt, daß die sozialdemokratische Partei hier wie an anderen Orten durch ihre Gewerkschaftsartikels Beschwerden, die sie durch andere Arbeiter erhält, weil diese mit mehr oder weniger Recht eine Maßregelung zu befürchten glauben, wenn sie sich persönlich an uns wenden, bei uns vordringt. Ob sie dieses nur um die Verhältnisse der betreffenden Arbeiter zu bessern oder der politischen Agitation wegen thun, will ich dahin gestellt sein lassen, auch ob das Verfahren besondere Vortheile anweist, will ich nicht erörtern, vertheilen kann ich aber nicht, daß dieses Verfahren auch seine Schattenseiten hat. Denn die Beschwerden, die jemand aus eigener Erfahrung mittheilt, stellen sich meist als berechtigt heraus, während diejenigen, die ihm von anderen übergeben waren, als übertrieben sich erwiesen haben. Ich kenne den Herrn Hahn schon von mehreren Beschwerden und auch bei ihm ist es ähnlich gewesen; er hat mir unter anderem angezeigt, daß in der chemischen Fabrik von Petschow u. Davidsohn, Abtheilung Weinsfabrikation, Sonntags gearbeitet wurde und bei der Revision stellte es sich heraus, daß die Unternehmer nur aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen an weniger Sonntagen arbeiten ließen, als sie eigentlich hierzu Erlaubnis hatten. Angezeigt durch ihn

wurde ferner, daß in derselben Fabrik ein Arbeiter bei der Kesselreinigung derartig verbrüht wurde, daß er an den Folgen starb; obgleich ich die mangelhafte Einrichtung anerkennen mußte, so ging es nach Lage der Sache doch nicht an, strafrechtlich gegen die Unternehmer vorzugehen. Die Uebertretung in der chemischen Fabrik ist wohl auch mehr auf Bestimmung der Meister als der Unternehmer zurückzuführen. Ob in der hiesigen Dr. Mühle Bartels u. Comp. Sonntags gearbeitet wurde, konnte bei den widersprechenden Angaben, die die Unternehmer machten, nicht anders als durch Division der Zahl der gemachten Schichten durch die Zahl der Arbeiter berechnet werden. Aber es wurde auf die Weise nicht erwiesen, daß mehr als erlaubt dort Sonntags gearbeitet werde. Ehe der Dr. Mühle für die Sonntagsarbeit die Erlaubnis erteilt wurde, sollte der Gewerbeinspektor ein Gutachten, ob die Ausfälle 45 Sonntage ausmachen, abgeben. Er fand, daß die Ausfälle aber mehr als 45 Tage betragen, beantragte aber wegen der Ruhe der Arbeiter der Mühle nur 40 Sonntage bewilligen zu wollen. Der Bezirksausschuß hat jedoch über diesen Antrag hinausgegangen und hat doch 45 Sonntage zur Arbeit freigegeben. Durch die sozialdemokratische Partei wurde der Minister davon in Kenntnis gesetzt, so daß die Mühle „nur“ 38 Sonntage arbeiten lassen. Wenn auf einige Beschwerden wie Hahn gewünscht, keine Strafanzeige erfolgt ist, so liegt das daran, daß die Gewerbeinspektion nach den bestehenden Weisungen verpflichtet ist, zum ersten Male nur eine Verwarnung einzutreten zu lassen; was denn auch geschehen ist. Ich wundere mich, daß Hahn wegen mancher Beschwerden, die zwar nicht übertrieben waren, sich so sehr aufgeregt hat. So hat er auch angezeigt, daß in der Dampfmühle von Lehmer ein Arbeiter beim Nierenanlegen in Folge fehlender Schutzvorrichtungen ums Leben kam. Ich kann es mir wohl denken, daß er darüber aufgeregt gewesen ist, wenn ein Mensch auf solche Weise ums Leben kommt, aber die Revision hat ergeben, daß die nöthigen Schutzvorrichtungen vorhanden gewesen und dem Unternehmer ein Vorwurf nicht zu machen war. Wenn Hahn vielleicht darin eine Parteilichkeit sehen sollte, daß er auf Beschwerden keine Antwort seitens des Gewerbeinspektors erhalten habe, so beruht dieses Versehen auch auf den bestehenden Weisungen der Gewerbeinspektion, die im Verkehr mit, wenn auch vermeintlich berechtigten, nicht amtlichen Vertretern der Arbeiter auf ergangene Beschwerden keine Antwort erteilt, weil solche Bescheide in der Dessenheit — ich will ja nicht sagen, daß das hier geschehen ist — oft anders ausgelegt werden und auch oft gefährlich werden können. Die Gewerbeinspektion hat mehr gethan, als Hahn angezeigt hat, und besonders Mißstände, unter denen Hahn selbst hat leiden müssen, hat er nicht gemeldet, so z. B. die vollkommen ungenügende Abführung des Staubes in der Mälerei und in der chemischen Fabrik. Ferner habe ich veranlaßt die Erbauung eines eigenen Speisesaales für die Frauen und die Mädchen in dieser Fabrik, auch Schutzvorrichtungen für die eckhafte Arbeit, Knochen sortieren, die sie dort verrichten müssen, sind von mir veranlaßt. Ueber eine verhältnismäßig so einfache Sache, wie Uebertretung der Sonntagsruhe hat Hahn sich sehr aufgeregt. Wenn auch seine Beschwerden einige Wochen un erledigt bei dem Gewerbeinspektor gelegen haben, so darf er ihm deshalb doch nicht den Vorwurf mangelnder Energie bei Wahrnehmung seiner Amtspflichten machen. Der Gewerbeinspektor ist ein etwas reservierter Herr und hat vielleicht nicht ganz das feurige lebhaftes Eingehen auf die Beschwerden Hahn's gezeigt, das dieser wünschte. Auf Vorhalten des Verteidigers M. A. Fabian, daß der Gewerberath nur erzählt habe, welche Veränderungen er veranlaßt habe, sich aber noch gar nicht über die Unterredung, in der Hahn sich bei ihm über den Gewerbeinspektor beschwert, ausgelassen habe, sagt der Gewerberath, daß er sich dieser Unterredung wohl, aber nicht der näheren Einzelheiten derselben zu erinnern vermöge. Hahn antwortete hierauf Herrn Trilling, daß er alles, was dieser über die chemische Fabrik gesagt, öfter zum Gegenstand seiner Beschwerden an den Gewerbeinspektor gemacht habe, er bedauere auch durch Ablehnung seiner Zeugen verhindert zu sein, den Beweis für die stücklichen Zustände in der chemischen Fabrik — wegen der er ebenfalls erfolglos Beschwerde geführt habe — zu liefern. Auch im Falle des bei Lehmer an der Transmission verunglückten Arbeiters seien seine Angaben richtig gewesen, aber die Revision sei so spät erfolgt, daß der Unternehmer Zeit gehabt habe, die Schutzvorrichtungen inzwischen anzubringen. In dem Falle, in dem die Feststellung der Sonntagsarbeit selbst nicht durch Division der Arbeiterzahl durch die gemachte Schichtenzahl erfolgen konnte, mache er sich anheischig zu beweisen, daß das Buch, in dem die Schichten geführt werden, durch den betreffenden Werksführer ungenau geführt wurde. In seinem Plaidoyer kommt der Verteidiger zu dem Resultat, daß die Angeklagten ganz unweissenhaft in berechtigtem Interesse ihre Ausführungen gemacht haben, in der Form derselben sei eine Beleidigung auch nicht zu finden, da sie eine so milde sei, wie man sie bei diesen Leuten keineswegs erwarten sollte. Aus dem Benehmen des Angeklagten Hahn während der heutigen Verhandlung gehe hervor, daß dieser von einem tiefen sittlichen Ernst, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, erfüllt sei, und diese Anerkennung habe ihm auch der Gewerberath nicht vorenthalten. Es gebe hier nur Freisprechung oder Vertagung wecks Vernehmung der abgehakten Zeugen. Der Staatsanwalt beantragt Verwerfung der Berufung, doch würde er auch auf die Vertagung eingehen. Nach kurzer Replik des Verteidigers beschloß der Gerichtshof die Vertagung und Ladung der abgehakten Zeugen zum Termin.

Der Prozeß gegen die Mörder der Anna Simon in Philippopol zieht sich durch endlose Plaidoyers in die Länge. Ueber den Schluß der Sitzung vom Dienstag liegt noch folgende Meldung vor: Der Vikarator beantragt die Verurteilung des Angeklagten Rittmeisters Boitschew wegen vorsätzlichen Mordes unter erschwerenden Umständen und die Verurteilung des Nikolai Boitschew wegen Theilnahme und Vorhülleistung unter Zuhilfenahme milderer Umstände. Hierauf sprechen die beiden Vertreter der Privatkläger und erklären, daß die ganze Verantwortung den Rittmeister Boitschew treffe. Um 8 Uhr abends beginnt der Verteidiger Boitschew, Rechtsanwalt Popow, sein Plaidoyer. Um 10 Uhr wird die Sitzung aufgehoben.

## Versammlungen.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hielten am 20. d. M. ihre Mitglieder-Versammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Kassirer die Abrechnung vom II. Quartal; dieselbe ergab: Einnahme 107 M., Ausgabe 65,70 M., bleibt Bestand 150,65 M. Die Abrechnung der Dampferpartie ergab: Ausgabe 423,05 M., Einnahme 514,85 M., bleibt Ueberschuß 91,80 M.; es bleibt daher ein Gesamtbestand von 242,45 M. Der Kassirer wurde entlastet. Zum 2. Punkt der Tagesordnung macht der Vorsitzende bekannt, daß auf Wunsch der Beisitzer Kollegen dort in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen wird. Zur Vergrößerung der Bibliothek wurden dem Vorstand 20 M. bewilligt.

Die Schornsteinfeger-Gesellen hatten am Sonnabend, den 24. d. M., eine öffentliche Versammlung anberaumt, um über ihre Lage zu beraten. Es war das die erste derartige Versammlung; von 170 in Berlin beschäftigten Gesellen waren 107 erschienen; davon haben 105 Mann sich durch Unterchrift bereit erklärt, einem Verein beizutreten. Es wurde eine Kommission von 11 Mann gewählt, die mit den Meistern unterhandeln soll. Gefordert wird ein wöchentliches Lohn von 24, 27 und 30 M., je nach Leistung, währenddem bis jetzt Löhne von 5 M., 7,50 M., 12 M., 15 M., bis höchstens 18 M. bezahlt wurden, 18 M. pro Woche erhalten kaum 6 Gesellen in ganz Berlin; die Gesellen sind also auf Nebenverdienst angewiesen, der aber, dank der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auch ein immer geringerer wird, so daß über 20 M. wohl keiner verdienen dürfte. Für Uebertunden wird nichts gezahlt.

Bittere Klage wird darüber geführt, daß der Nebenverdienst der Gesellen, den sie sich durch Maschinenputzen oder durch Dampfkeffeln des Nachts oder des Sonntags verschaffen, in vielen Fällen noch vom Meister eingezogen wird. Es komme vor, daß ein Meister, der im Jahre für etwa 5000 M. Arbeit zu leisten habe, diese von nur einem Gesellen ausführen lasse, der dafür pro Woche 12 M. Lohn erhalte. Dieser müsse sich, da er von diesem Hungerlohn nicht leben könne, natürlich auf Nebenarbeit werfen. Für das Fegen der Essen, wofür der Meister das Geld einstreiche, bleibe unter diesen Umständen in der Regel recht wenig Zeit übrig. — In einer späteren Versammlung soll über das Resultat der Verhandlungen mit den Meistern berichtet werden.

Eine öffentliche Versammlung der Steinarbeiter, die am Dienstag im „Englischen Garten“ tagte, nahm Stellung zur Gründung eines eigenen Fachorgans. Durch die Gründung der Zeitung „Einigkeit“, Organ für die sozialorganisierten Gewerkschaften Deutschlands, hat der „Bauhändler“ eine größere Zahl von Abonnenten verloren, sodaß die Steinarbeiter fast nur noch allein daran beteiligt sind und würde deshalb als Fachorgan beibehalten, dafür schließlich die Kosten zu tragen hätten. Seitens des Zentralausschusses und der Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands wurde nunmehr beantragt, auf den „Bauhändler“ zu verzichten und auf den Vorschlag, sich an der „Einigkeit“ zu beteiligen, nicht einzugehen, sondern ein eigenes Organ unter dem Namen „Der Steinarbeiter“ herauszugeben. Nach einer längeren Diskussion, in der alle Redner sich für diesen Vorschlag aussprachen und auf die Vortheile einer eigenen Zeitung in finanzieller und agitatorischer Beziehung hingewiesen wurde, beschloß die Versammlung mit allen gegen eine Stimme dem Antrag zuzustimmen. „Der Steinarbeiter“, der schon im Anfang mit einer Abonnentenzahl von 3000 rechnen kann, wird, nachdem auch in den anderen Orten diese Frage diskutiert worden ist, am 1. Oktober d. J. erscheinen. Nach einer längeren Debatte über den Markterwerb wurde der Vertrauensmann beauftragt, von nun ab die Beitragsmarken zum General- und Streikfonds nur gegen Barzahlung abzugeben. Hieran erfolgte der Bericht der beiden Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission, nachdem von einigen Rednern das neue Regulative derselben demängelt wurde. Ein Antrag, einen von den beiden Delegirten der Steinarbeiter von der Kommission zurückziehen wurde abgelehnt. Unter Verschiedenem wurde für zwei Kollegen die übliche Krankenunterstützung von 5 M. pro Woche und für einen seit längerer Zeit kranken Kollegen 40 M. wurden bewilligt. Nach Erledigung einiger Platz-Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Arbeiter-Nachfahrer wählten in ihrer letzten Versammlung Seltenharn als Vertrauensmann, Neuz und Fern als Revisoren. Der Kassenbericht wird als richtig anerkannt und dem Kassirer Decharge erteilt.

Friedrichsfelde. Am 22. Juli hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine Generalversammlung ab. Der Kassirer hatte eine Einnahme im letzten Quartal von 92,17 M. und eine Ausgabe von 17,41 M. Daraus hielt Genosse Faber einen Vortrag über „Die Polizeibehörden im wirtschaftlichen Kampfe zwischen Unternehmern und Arbeitern“. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Weißensee. Hier hielt am Montag, den 26. Juli, der politische Arbeiterverein seine fällige Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Vorstandes ist ein Antwortschreiben des Weissenfeler Amtsvorsethers an denselben als besonders bemerkenswerth hervorzuheben. In demselben werden die Frauen und Töchter der Proletarier einfach als „Frauenpersonen“ bezeichnet, welche auf Grund allerdings vorgeschriebener Gesetzes-Paragrafen nicht berechtigt seien, an dem vom Verein veranstalteten geselligen Zusammenkünften theilzunehmen. Das Vereinsvermögen beträgt zur Zeit 229,25 M. Der Werth der Bibliothek wird auf 350 M. geschätzt. Auf Antrag der Revisoren wurden der Kassirer sowie die Bibliothekare entlastet. Die vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Peulert, Vorsitzender; Schiller, Schriftführer; Batnos, Kassirer; Reihn, Golm, Seelich, Patt und Varleben, Beisitzer; Krüger und Simon Bibliothekare; Gerkenberger, Bartels, Carow Revisoren. Von der Veranstaltung einer Kaffeefest für die Vereinsmitglieder wird Abstand genommen, da es den Frauen doch nicht gestattet würde, daran theilzunehmen. Zum Schluß wurde auf die in nächster Woche stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen, in welcher Reichstags-Abgeordneter Auer über die Theiligung an der Landtagswahl referiren wird.

## Deyeschen und letzte Nachrichten.

Christiania, 28. Juli. (W. Z. B.) Zu der Amsterdamer Meldung, daß ein Dampfer am 17. d. M. im Weißen Meer die Uebertreffe eines Luftballons, möglicherweise André's, angetroffen habe, erklärt Hansen, es erscheine ihm unwahrscheinlich, daß André's Ballon schon nach sechs Tagen bis zum Weißen Meer hinabgetrieben worden sein solle, zumal da der Ballon beim Aufstieg gegen Norden trieb.

Gothenburg, 28. Juli. (W. Z. B.) Der Bruder André's, Hauptmann André, hat nach Vergleich mit den von André beim Aufstiege zurückgelassenen Fesselsteinen, die vom Dampfer „Evenslund“ hierher gebracht worden sind, berechnet, daß die am Ballon André's noch befindlichen Seilen zusammen 128 Meter länger sind, als man vermuthete.

Paris, 28. Juli. (W. Z. B.) Der Hauptgegenstand der Konferenz zwischen dem Grafen Soluchowski und dem Minister Hanolow bildeten, wie von gut informierter Seite versichert wird, die Schwierigkeiten, welche die Haltung Deutschlands in der Kriegskosten-Entschädigungsfrage dem Friedensabschluss bereiten. Soluchowski soll es gelungen sein, Hanolow davon zu überzeugen, daß Deutschland keine Sonderinteressen im Orient verfolge, sondern lediglich im Interesse der deutschen Gläubiger Griechenlands auf eine internationale Kontrolle der griechischen Finanzen dringt. Und wenn diesen billigen Forderungen entsprochen würde, so werde Deutschland seinen ganzen Einfluß beim Sultan einsetzen, um einen raschen Friedensschluß herbeizuführen.

Brüssel, 28. Juli. (W. Z. B.) Repräsentantenkammer. Zur Verathung steht der Gesetzentwurf über die Bürgergarde. Bei dem Artikel „Sid der Trene gegen den König“ protestirt der Sozialist Demblon und greift die Person des Königs heftig an, weil dieser die Ernennung zum deutschen Neutral angenommen habe. (Großer Lärm.) Demblon wird zweimal zur Ordnung gerufen, setzt aber seine Angriffe fort. Der Präsident bittet, gegen Demblon die Zensur zu verhängen. Wocher bemerkt, augenblicklich möge die Zensur noch genügen, bald aber werde man weiter gehen müssen. Die Kammer verhängt sodann mit 74 gegen 17 Stimmen gegen Demblon die Zensur. Sechs Mitglieder enthalten sich der Abstimmung.

Rom, 28. Juli. (W. Z. B.) Bei der Inauguration der Universität wurde der Kultusminister Santoro von 150 sozialistischen Studenten thätlich insultirt, so daß er die Universität kuckartig verlassen mußte. Die Ruhe konnte nur mit großer Mühe hergestellt werden.

Lissabon, 28. Juli. (W. Z. B.) Nach Meldungen aus Lissabon hat die portugiesische Regierung aus Furcht, die Republikaner könnten Unruhen hervorrufen, in den Hauptstädten militärische Maßnahmen getroffen. Sonnabend Nacht durchzogen Patrouillen die Straßen Lissabons und die Pöbeln waren verärgert. Am Sonntag wurde ein Ministerrath abgehalten, der Maßnahmen zur Unterdrückung etwaiger Unruhen beschloß haben soll. Die portugiesischen Blätter sprechen davon, daß verschiedene Generale und Offiziere entlassen und in Anklagezustand versetzt seien.

New-York, 28. Juli. (W. Z. B.) Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Honolulu, Sewall, theilte auf dem Drahtwege über San Francisco mit, daß die Engländer die 1000 Meilen südwestlich von Hawaii gelegene Palmyra-Insel besetzt hätten. Nach einer Erklärung der hawaiischen Regierung sei Palmyra zu Hawaii gehörend. Max Bading in Berlin. Steru I Weissae u. Unterhaltungsblatt.



